

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Beulwitz, Marienau, den Müllengrund, Ruchnappel und Tirschem.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 20.— Mf. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— Mf. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 80 Mf.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Grundzeile wird mit 2.— Mf. für auswärtige Besteller mit 2,25 Mf. berechnet. Im Reflekt. und amtl. Teile kostet die dreizehnpaltene Zeile 4,50 Mf., für Auswärtige 5.— Mf. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 112

Montag, den 15. Mai 1922

72. Jahrgang.

## Nächsten Donnerstag u. Freitag Jahrmart in Lichtenstein-Callnberg (Altmarkt).

Nachdem die Kreishauptmannschaft Chemnitz den I. Nachtrag zum Ortsgesetz der Stadt Lichtenstein-Callnberg über Kleinhausbauten vom 23. Dezember 1920 genehmigt hat, wird derselbe während der nächsten zwei Wochen in der Rathauskassette öffentlich ausgelegt. Stadtrat Lichtenstein-Callnberg, am 13. Mai 1922.

### Auszahlung der Beihilfen an Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angestellten-Versicherung.

Die Auszahlung für Mai erfolgt Mittwoch, den 17. Mai 1922, im Unterstützungsamt (Rathaus I. Etage) und zwar:

vorm. von 8-9 Uhr	Anfangsbuchstaben	A-D,
" " 9-10 "	" " " "	E-H,
" " 10-11 "	" " " "	I-L,
" " 11-12 "	" " " "	M-Q,
mittags 12-1 "	" " " "	R, S, Sch, St,
nachm. 1-2 "	" " " "	T-Z.

Es wird gebeten, die angegebenen Zeiten genau einzuhalten.

Die Auszahlung erfolgt nur gegen Vorlegung des gelben Monatsausweises.

Lichtenstein-Callnberg, am 15. Mai 1922.

Der Stadtrat. — Unterstützungsamt. —

### Kurze wichtige Nachrichten.

Der Velleitenausbruch des Reichstages hat sich entschlossen, in dieser und in der nächsten Woche die Plenarsitzungen von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends auszuhalten, um bis 31. Mai mit dem Etat und mit der großen politischen Debatte aus Anlaß der Konferenz in Genewa fertig zu werden. Wenn der auswärtige Ausbruch einberufen werden kann, geht noch nicht fest.

Reichsminister Dr. Hermès hat am Sonntag dem Vorsitzenden der Reparationskommission, dem französischen Delegierten Louis Labors, einen Besuch abgestattet. Die sachliche Beratung mit den Mitgliedern der Reparationskommission soll heute vormittag beginnen.

Dem Collaschen Verlag in Stuttgart gingen Angebote aus England, Nordamerika, Argentinien und Spanien über eine Uebersetzungsausgabe der Erinnerungen des früheren deutschen Kronprinzen in den fremden Landesprachen zu.

In Genewa sind gestern schweizerische Großindustrielle eingetroffen, um mit der russischen Delegation über die Wiederaufnahme des schweizerischen Handelsverkehrs mit Rußland in unverbändliche Beziehungen einzutreten.

Aus Rom wird gemeldet: Zwischen Italien und Polen wurde anstelle des bisherigen vorläufigen Kontingentsabkommens ein umfänglicher Mitgliedschaftsvertrag abgeschlossen, wonach Polen alle fünf an Frankreich gemachten Jahreszahl nisse auch Italien zufließt.

Großes Aufsehen erregte die Verlastung von Offizieren und Kadetten der Branagelarme in Sofia. Unter anderem wurde auch der Ober der Spionageabteilung der Branagelarme, Oberst Sanodulow, verhaftet, ferner wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Weltern haben sich Bierpont Morgan und Otto S. Kahn nach Frankreich eingeschifft.

### Genewa Schicksal besiegelt.

Dienstag die letzte Sitzung.

Paris, 14. Mai.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Genewa berichtete vergangene Nacht, die Konferenz sei so gut wie beendet. Das ist das wesentliche Ergebnis des Tages. Für den Fall, daß ein Abkommen über die Art und Weise, wie der Sachverständigenauschuss zur Prüfung des russischen Problems funktioniert, zu erzielen ist, werde Lloyd George wie er abermals erklärte, nicht auf der Diskussion der anderen auf dem Programm stehenden Fragen beharren, und die Konferenz werde am Dienstag durch eine letzte Vollsitzung ihre Arbeiten beenden.

Aus den letzten Beratungen hat sich ergeben, daß ohne die Mitarbeit der Vereinigten Staaten der Wiederaufbau Rußlands unmöglich ist. Der Botshafter der Vereinigten

Staaten in Rom ist beauftragt worden, seiner Regierung von dem Wunsche aller in der politischen Unterkommission vertretenen Mächte Kenntnis zu geben.

Weiter will der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Genewa letzte Nacht von zuständigen amerikanischen Kreisen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten geneigt sei, sich an den Arbeiten der Sachverständigenkonferenz zu beteiligen, welche nach Schluß der Konferenz die Prüfung der Mittel fortsetzen soll, durch welche Rußland sich wieder aufrichten könne. Andererseits wird dem „Newport Herald“ aus Washington gemeldet, Botshafter Child habe teurerlei Weisung erhalten, Lloyd George vorzuschlagen, daß Amerika an der russischen Kommission teilnehme.

### Deutsches Reich

Das Volksbegehren.

Dresden. Das Gesamtministerium hat den von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei erneut eingebrachten Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages zugelassen. Nach dem Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid hat die Abstimmung frühestens zwei Wochen und spätestens einen Monat nach der Veröffentlichung der Zulassung zu beginnen. Das Ministerium hat die Frist zur Stimmabgabe auf die Zeit von Dienstag, den 6. bis mit Montag, den 19. Juni, angeordnet. Während dieser Zeit müssen die Gemeindegremien den Stimmberechtigten Gelegenheit geben, während der üblichen Geschäftszeit durch eigenhändige Eintragung in die vorchriftsmäßigen Eintragungslisten ihre Stimme abzugeben. Zur Eintragung kann nur zugelassen werden, wer in der zuletzt abgeschlossenen Wählerliste eingetragen oder für das Volksbegehren einen Stimmschein erhält.

Die deutsche Anleihe.

Berlin. In offiziellen amerikanischen Kreisen in Paris liefen Meldungen aus Newport ein, nach denen die größten Banken Newports und Chicagos sich an Morgan gewandt haben, um zu verlangen, wie die „Chicago Tribune“ erklärt, daß Frankreich und Belgien sich verpflichten, nicht nach Deutschland einzurücken, wenn eine Anleihe in dem Vereinigten Staaten möglich gemacht werde. Morgan wurde sogar aufgefordert, zu verlangen, daß ein großer Teil der Besatzungstruppen am Rhein zurückgezogen werde, um Deutschland zu schützen, die Widergutmachungsleistungen leichter aufzubringen. — Morgan wird am 20. Mai in London eintreffen, wo er zwei bis drei Tage für persönliche Geschäfte verbleiben wird, ehe er nach Paris fährt.

Voll, Wasser, Post im Reichstag.

Auch zu Wasser und zu Luft werden, wie vorher zu Lande, Gröner am Sonntag keine Erlasse bewilligt, nachdem ruhig u. geistlich etliche Wünsche über Kanalbauten und Flugzeuglinien vorgebracht worden sind. Dann legt sich Herr Gröner auf den noch warmen Sessel. Er hört sich beim Vortrat die Klagen an, was auch seine Käte pflichtschuldig mit machen. Manchmal ist die Regierungstrade gefüllt, als das Parlett, denn es ist ja Sonntagabend. Während beispielsweise der Abgeordnete Gothein seine guten Ratschläge zur Besserung des Verkehrswezens vorbringt, hören ihn sieben demokratische Kräftlingsgenossen zu oder tun wenigstens so. In diesem Augenblick spricht die Mehrheit des Haußs. Der Genosse Laubadel fordert Verringerung der Ausgaben bei der Post, also vor allem Verringerung des Personals, das 1913 aus 286 000, dagegen 1921 aus 410 000 Köpfen bestand auf keinen Fall gerüttelt werden darf. Das ist dieselbe Logik, als wenn ein braver Familienvater am Sonntagabend statt des Wochenlohnes seiner Gattin Reile verabschiedet und hinzufügt: „Aber selbstverständlich soll am Sonntag ein anständiger Braten auf den Tisch!“ Im übrigen hört man, von dem Deutschnationalen Röner anfangen, über den Zentrumsmann Allecotte hinweg bis zur roten Linken manch gutes Wort über die Notwendigkeit eines zufriedenen Beamtenstandes und eines netten Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Giesberts sagt dabei wie in einer wohlmeinenden Predigt. Er sagt nicht viel, denn er

weiß nicht viel. Daß etliche Redner unsere heutigen Briefmarken scheußlich und geschmacklos finden, wundert ihn. Sie seien doch von ersten Künstlern entworfen. Das stimmt; und über ihnen steht in der neuen Republik noch der eigens zur Verhütung von Geschmacklosigkeiten angestellte Reichskommissar. Den gab es früher nicht. Aber es geht uns da wie mit dem Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit. Früher hatten wir öffentliche Sicherheit, aber keinen Kommissar; jetzt haben wir einen Kommissar, aber keine öffentliche Sicherheit.

Das Korridorabkommen.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden über das deutsch-polnische Korridorabkommen hat nach langer Verweigerung sechs Monaten in Kraft treten. Der auf die Eisenbahn nach sechs Monaten in Kraft tritt. Der auf die Eisenbahn bezügliche Teil tritt bereits am 1. Juni in Kraft. Das hat zur Folge, daß die Jugoerbundung nach Ostpreußen alsbald verbessert werden kann. Hierüber wird alsbald in Verhandlungen eingetreten.

Die neue Annexie.

In der mehrheitssozialdemokratischen Funktionärerversammlung wurde mitgeteilt, daß die zu Ostern aus allgemeinen politischen Gründen ausgebildete Generalamnestie des Reichspräsidenten für Pflingsten zu erwarten sei, nachdem im Reichsjustizministerium seit zwei Wochen die Vorbereitungen für einen Amnestieerlaß begonnen hätten.

Die Zwangsanleihe.

Ueber die Grundzüge des Regierungsentwurfes zur Zwangsanleihe teil die Deutsche Allg. Ztg. privatim mit, daß die Zeichnungspflicht in direktem Zusammenhange stehe mit der Steuerpflicht zur Vermögensabgabe, das heißt, alle diejenigen, die nach den Paragraphen 2 und 3 des neuen Vermögenssteuergesetzes vom 8. April 1922 steuerpflichtig sind, haben auch die Zwangsanleihe zu zeichnen. Dadurch ist für diejenigen, die bereits Zahlungen auf das Reichsnotopfer gemacht haben, vorgeesehen, daß der eventuell zuviel gezahlte Betrag, falls der Steuerpflichtige es wünscht, auf die Zwangsanleihe in Anrechnung gebracht werden kann. Sowohl bei der Vermögenssteuer wie bei der Zwangsanleihe wird bei der erstmaligen Veranlagung der Stand vom 31. Dezember 1922 zugrunde gelegt. Neu ist die Form der vorangehenden Selbstanschätzung im Laufe des Oktober. Ergibt die endgültige Veranlagung einen geringeren Betrag, so wird die zuviel gezahlte Summe mit Zinsen zurückgezahlt, ergibt sie einen höheren Betrag, so muß der Unterliegende nachgezahlt werden. Nähere Bestimmungen wird der Reichsfinanzminister erlassen, sobald das Gesetz vom Reichstag angenommen ist.

Ein neuer Falscher verhaftet.

Die Polizei verhaftete einen 21-jährigen Buriden namens Willy Bergholz, der schon früher sich durch allerschand Schwindeltaten bemerklich gemacht hatte und alsdann dazu überging, von ihm gefälschte Berichte über Geheimhaltungen der Kommunisten gegen Entschädigung an rechtsstehende Kreise zu liefern. Er hatte Briefbogen Pruden lassen, die den Kopf trugen, der Präsident des W. G. B. Au. (West-Europäischer Bewaffnungsausichuß) der kommunistischen Internationale Berlin, andere Briefbogen lauteten Präsident des J. B. A. (Internationaler Bewaffnungsausichuß). Auf diesen Briefbogen lieferte er angeblich Protokolle über kommunistische Geheimhaltungen, namentlich über angebliche Waffenbestände der Kommunisten, Kampfpläne und dergl. mehr. Nachdem die Polizei ihn längere Zeit beobachtet hatte, ist er nunmehr verhaftet worden.

Kapitalverfälschungen.

Auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Müller über den Fall Gruber antwortete der Reichsjustizminister: Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin hat gegen 42 Personen, darunter auch den Bankier Gruber, den Erlass eines amtsrichterlichen Strafbefehles wegen Kapitalflucht beantragt. Es sind Geldstrafen im Gesamtbetrag von über 1 Million Mark verhängt und Wertpapiere im Kurswerte von insgesamt 3 1/2 Millionen



verständnisvolle...  
Dinge aber nicht. Wir wollen hier nur einen, sicher sehr oft vorkommenden Fall anführen. In einem Hause, das gleichartige Wohnungen in den Stockwerken aufweist, wohnt eine Mieterin am 1. Juli 1914 schon seit 8, 10 oder noch mehr Jahren, und zwar auf Grund eines Vertrages, der 5 Jahre oder noch länger lief und in dem die Mietzins für die betreffende Wohnung, sagen wir am 1. Oktober 1909, auf 650 Mark festgesetzt war. Der Hauswirt hatte die Absicht, die Miete am 1. Oktober 1914 auf 700 Mark zu erhöhen. Dazu ist es aber infolge des Kriegsausbruchs nicht gekommen. Ein anderer Mieter, der eine vollkommen gleichartige Wohnung inne hat, ist erst am 1. Oktober 1913 eingezogen, und zwar zum Mietpreise von 700 Mark, was den Zeitumständen angemessen war. Bei dem einen würde also, bei völlig gleichwertiger Wohnung, die der Berechnung zugrunde zu legende Friedensmiete 650 Mark, bei dem anderen 700 Mark betragen. Dan nun jetzt so ziemlich allgemein die Mietpreise wegen der gestiegenen Lasten auf das Doppelte gesteigert werden mußten, so hätte der eine Mieter 1300 Mark, der andere 1400 Mark zu zahlen. Ueber die Ungerechtigkeit einer solchen Berechnung braucht kein Wort gesagt zu werden.  
Der Gehegeber hat aber das Vorkommen solcher Fälle vorgezogen. In eben diesem § 2 Abs. 5 wird nämlich folgendes festgesetzt: „Stehen in einem Gebäude die Friedensmieten der einzelnen Wohnungen oder Räume in einem offensbaren Mißverhältnis zueinander, so hat das Mietverhältnis samt auf Antrag eines Vertragsteils die Friedensmieten innerhalb ihres Gesamtbetrages gegeneinander auszugleichen. Für das Wertverhältnis ist die Ortsüblichkeit am 1. Juli 1914 maßgebend.“  
Durch diese Bestimmung ist der Mieter vor offensbaren Ungerechtigkeiten geschützt. In gleicher Weise aber auch der Hauswirt. Entsprach infolge eines langlaufenden Vertrages der Mietzins einer Wohnung nicht mehr der Ortsüblichkeit am 1. Juli 1914, so kann er ebenso den Ausgleich beantragen wie andernfalls der Mieter. Am besten wird es jedoch sein, wenn Hauswirt und Mieter sich in solchen Fällen über die Angemessenheit der Friedensmiete selbst einigen. Sie ersparen sich dadurch nicht nur viel Zeit und manche Wege, sondern das Verhältnis zueinander bleibt auch ein viel besseres, als wenn man sich beim Mietvertragsamt als „Prozessgegner“ gegenüber sieht. Und das ist oft der Fall, denn man wohnt doch meist in demselben Hause. Nicht nur Hauswirt und Mieter, sondern auch ein guter Nachbar soll man sein.

**Aus Nah und Fern.**  
Patentkassier-Gallus, 15. Mai 1922.  
Der Sonntagssänger hat uns wieder Erwartungen mit goldenen Klängen übertraffen und in der Natur noch mehr Versprechen erfüllt. Den Kirchenblättern haben sich nun auch die Blauen- und Firmenblätter angeschlossen, die Apfellblätter haben vor dem Ausbringen, das Töne der Spaziersänger konnte sich nicht kalt lassen auf dem Blauen, der sich in diesem Jahre fast auf einmal entlöst. Was wunder, daß auch das Menschenherz von soviel Schönheit begeistert wurde und mit einstimmt in das Lob Gottes und in den Dank gegen den himmlischen Vater. Das geschah besonders auch durch den Mund der Jugend, deren Gottesworte gestern zu Ende gingen und die sich in entzückender Weise zu Gott und dem Evangelium bekannte. Würde die Veranstaltung an all den jungen Herzen reifen lassen, damit Deutschland ein im Glücken erfülltes Gesicht erblüht, das die Kraft in sich hat, des Vaterlandes Geschick zum Besseren zu wandeln.  
Die Zusammenkunft der Sängerinnen des Richterzuges, Turneaus am Sonntagabend im Krümmelpark war recht gut besucht. Neben an 250 Sänger und Turner hatten sich eingeladen. Mand schonen Lied wurde gesungen und so gehalten sich die Stunden des Besammensens zu recht unterhaltenden. Zum Gedenken in Witten 21. Zerob sollen zwei Koffelbäume zum Vortrag gebracht werden.  
Kognat und Weinbrand. Dem Reichstag wird demnach ein Gesetzentwurf zur Änderung des Weingesetzes eingebracht, der gemäß Art. 275 des Friedensvertrages die Vorschriften über die Benennung der Weine nach nachgelagerten Gemeindegrenzen und über die Bezeichnung der Herkunft der ausländischen Vorkommen insonderheit anzuheben, als französisch und portugiesische Ursprünge oder Herkunftsnamen in Betracht kommen. Als „Kognat“ dürfen künftig nur die Ursprünge der Charaktere bezeichnet werden, während anderer Ursprünge, die bisher als Kognat bezeichnet wurden dürfen, die Bezeichnung „Weinbrand“ beigelegt wird.  
Abort 1. B. (Eine erhebliche Verletzung des Grenzschutzes tritt jetzt auch in Südböhmen nach der scheinbar harmlosen Grenze zu ein. Neben für Böhmen sind weitere 10 Grenzbeamte vorgeschickt, obwohl, nachdem am Donnerstag der Weiber Wille laut aus Rostbach von einem Grenzschützer durch einen Faustschuß niedergestreckt wurde, der Lebensmittelschmuggel von Sachjen nach Böhmen fast vollständig aufgehört hat. Die Unterbringung der neuen Beamten macht erhebliche Schwierigkeiten.

**Verbrechen.** (Eindbruchdiebstahl.) In der Nacht zum Donnerstag haben sich Diebe in ein Verkaufsgeschäft der Reichsbader Straße Eingang verschafft und Herren- und Damenleiberhosen, sowie Strickwaren und Herrenstrümpfe im Gesamtwerte von etwa 14000 Mark gestohlen. Der Fall ist umso bedauerlicher, weil der nicht mit Glüdschaltern Bestohlene Invalide geworden ist, und um sich den Lebensunterhalt zu verschaffen, mit Unterstützung von Angehörigen den Handel mit Stoffen erst am Tage vorher eröffnet hatte.  
**Wittensberg.** (Heberstunden mit doppeltem Lohne zur Befreiung der Wohnungsnot.) In unserer Industrieregion macht sich die Wohnungsnot dermaßen fühlbar, daß ernaehliche Schritte dagegen unternommen werden müssen. Die Arbeiterbotten sich bereit erklärt, Heberstunden einzuführen und wollten für jede geleistete Heberstunde, deren Lohn für Wohnungsbau abgeführt werden müßte, einen doppelten Lohn abführen an die Gemeinde. Dieser Vorschlag scheiterte aber vorläufig. Doch sollen neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattfinden.

**Verbrechen.** (Ausstand in vogeländischen Wollwebereien.) In Reichsbader, Wollau, Greiz und verschiedenen anderen Orten des Vogtlandes sind am Sonntagabend früh sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Wollwebereien in den Ausstand getreten. Es kommen mehrere Tausend Personen in Frage. In den Baumwollwebereien wird nicht gestreikt.

**Verbrechen.** (Ausstand in vogeländischen Wollwebereien.) In Reichsbader, Wollau, Greiz und verschiedenen anderen Orten des Vogtlandes sind am Sonntagabend früh sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Wollwebereien in den Ausstand getreten. Es kommen mehrere Tausend Personen in Frage. In den Baumwollwebereien wird nicht gestreikt.  
**Blauen 1. B.** (Töblicher Unglücksfall.) Am Donnerstag sprang auf dem Wege von Blauen nach Wehbach der Gutsbesitzer Gartenstein aus Wehbach und seine Frau von ihrem zweispännigen Fuhrwerk ab, da die Pferde, die von einem 15jährigen Diensthilfsknecht gelenkt wurden, wegen eines Autos durchgegangen waren. Während der Mann keinen Schaden erlitten hat, erlitt die Frau einen Schädelbruch, der ihren Tod zur Folge hatte.  
**Verbrechen.** (Eindbruchdiebstahl.) In der Nacht zum Donnerstag haben sich Diebe in ein Verkaufsgeschäft der Reichsbader Straße Eingang verschafft und Herren- und Damenleiberhosen, sowie Strickwaren und Herrenstrümpfe im Gesamtwerte von etwa 14000 Mark gestohlen. Der Fall ist umso bedauerlicher, weil der nicht mit Glüdschaltern Bestohlene Invalide geworden ist, und um sich den Lebensunterhalt zu verschaffen, mit Unterstützung von Angehörigen den Handel mit Stoffen erst am Tage vorher eröffnet hatte.

**Verbrechen.** (Eindbruchdiebstahl.) In der Nacht zum Donnerstag haben sich Diebe in ein Verkaufsgeschäft der Reichsbader Straße Eingang verschafft und Herren- und Damenleiberhosen, sowie Strickwaren und Herrenstrümpfe im Gesamtwerte von etwa 14000 Mark gestohlen. Der Fall ist umso bedauerlicher, weil der nicht mit Glüdschaltern Bestohlene Invalide geworden ist, und um sich den Lebensunterhalt zu verschaffen, mit Unterstützung von Angehörigen den Handel mit Stoffen erst am Tage vorher eröffnet hatte.  
**Wittensberg.** (Heberstunden mit doppeltem Lohne zur Befreiung der Wohnungsnot.) In unserer Industrieregion macht sich die Wohnungsnot dermaßen fühlbar, daß ernaehliche Schritte dagegen unternommen werden müssen. Die Arbeiterbotten sich bereit erklärt, Heberstunden einzuführen und wollten für jede geleistete Heberstunde, deren Lohn für Wohnungsbau abgeführt werden müßte, einen doppelten Lohn abführen an die Gemeinde. Dieser Vorschlag scheiterte aber vorläufig. Doch sollen neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattfinden.

**Verbrechen.** (Ausstand in vogeländischen Wollwebereien.) In Reichsbader, Wollau, Greiz und verschiedenen anderen Orten des Vogtlandes sind am Sonntagabend früh sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Wollwebereien in den Ausstand getreten. Es kommen mehrere Tausend Personen in Frage. In den Baumwollwebereien wird nicht gestreikt.  
**Blauen 1. B.** (Töblicher Unglücksfall.) Am Donnerstag sprang auf dem Wege von Blauen nach Wehbach der Gutsbesitzer Gartenstein aus Wehbach und seine Frau von ihrem zweispännigen Fuhrwerk ab, da die Pferde, die von einem 15jährigen Diensthilfsknecht gelenkt wurden, wegen eines Autos durchgegangen waren. Während der Mann keinen Schaden erlitten hat, erlitt die Frau einen Schädelbruch, der ihren Tod zur Folge hatte.  
**Verbrechen.** (Eindbruchdiebstahl.) In der Nacht zum Donnerstag haben sich Diebe in ein Verkaufsgeschäft der Reichsbader Straße Eingang verschafft und Herren- und Damenleiberhosen, sowie Strickwaren und Herrenstrümpfe im Gesamtwerte von etwa 14000 Mark gestohlen. Der Fall ist umso bedauerlicher, weil der nicht mit Glüdschaltern Bestohlene Invalide geworden ist, und um sich den Lebensunterhalt zu verschaffen, mit Unterstützung von Angehörigen den Handel mit Stoffen erst am Tage vorher eröffnet hatte.

**Verbrechen.** (Ausstand in vogeländischen Wollwebereien.) In Reichsbader, Wollau, Greiz und verschiedenen anderen Orten des Vogtlandes sind am Sonntagabend früh sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Wollwebereien in den Ausstand getreten. Es kommen mehrere Tausend Personen in Frage. In den Baumwollwebereien wird nicht gestreikt.

Gebieten seiner Lebensbetätigung herbeiführen und die Vertretung dieser Interessen nach außen hin übernehmen soll. Die Feier wird dieser Bedeutung entsprechend in würdigen Formen verlaufen. Am Grabe Luthers wird die Urkunde über die Begründung des Reichsbundes von den Vertretern der Landeskirchen unterschrieben. Daran schließt sich noch eine öffentliche Feier auf dem Marktplatz an, in der die Tatsache der Errichtung des Bundes feierlich verkündet wird.

**Geschäftliches.**  
**Saunestrücker mit Lauchstädter Brunnen.**  
Wer sich nicht wohl fühlt, wer an Rheumatismus, Gicht, Schleiher und fehlerhafter Blutbeschaffenheit, Blutarml, Mangelhaftigkeit oder Neurosität leidet, solle zu Hause eine Trinksäure mit dem altherberühmten beifertigen Lauchstädter Brunnen machen. Bei Kinder- und Nierenleiden in dieser Brunnen als Aurogetränk ebenfalls sehr zu empfehlen. Auf einfache, billige und bequeme Art und ohne Berufstörung kann jeder mit seiner Familie in seinem eigenen Heim Lauchstädter Brunnen trinken, zur Förderung der Gesundheit, zur Aufrichtung des Blutes, zur Stählung des Körpers und zur wirksamen Vorbeugung gegen mancherlei Krankheiten. Auch gesunde tun gut, zeitweise eine Trinksäure mit Lauchstädter Brunnen zu gebrauchen, da hierdurch das Blut verbessert und der Körper widerstandsfähiger gegen gewisse Krankheiten wird. Die hervorragenden Erfolge mit dem heilsamen Brunnen stützen sich auf eine mehr als 200jährige Erfahrung. Der Lauchstädter Brunnen ist in Lützenheim-C. bei Herrn Herrmann Köfler fasslich, wie aus dem in dieser Nummer beiliegenden Prospekt ersichtlich ist.

**Volkswirtschaftlicher Teil.**  
Nacht Stunden oder mehr?  
Ein sozialistischer Führer über die Frage der Produktionsvermehrung.

Nachdem vor kurzem der sozialistische Universitätsprofessor Lindemann in einem Gutachten über die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme vor allem die Notwendigkeit der zeitweiligen Verlängerung der Arbeitszeit für das Baugewerbe betont hat, veröffentlicht ein anderer Sozialist, Max Cohen, in der sozialistischen Zeitschrift „Der Firm“ folgende bemerkenswerte Gedankengänge:  
„Wenn nicht alles täuscht, ist die durch die Valutaentwicklung hervorgerufene Blüte der deutschen Wirtschaft (die in Wirklichkeit ja auch nur eine Scheinblüte war) zu Ende, und nur erhöhte Leistungen werden uns weiter helfen können. Damit wird die Frage der inneren Reparation unmittelbar brennend, und wir werden uns fragen müssen, ob sie ohne stark gesteigerte Arbeitsleistung (im Vergleich zur Friedensleistung) überhaupt möglich ist, da ja auch die Verpflichtung zur äußeren Reparation nach wie vor weiter besteht. Diese Frage muß unbedingt bejaht werden: Ohne stark gesteigerte Arbeitsleistung, die die Qualität unserer Waren und die Preise zu verbilligen vermag, können die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, nicht überwunden werden. Dabei muß eins betont werden: Es ist unbedingt notwendig, daß von dem Ertrag dieser vermehrten Arbeitsleistung ein erheblicher größerer Teil der Arbeiterchaft zufällt, als das früher der Fall war. So sicher dies ist, muß sich aber auch die Arbeiterchaft darüber klar sein, daß die bloß nominelle Einkommenerhöhung nichts nützt, solange sich nicht das Gesamtprodukt vermehrt. Geld ist lediglich ein Anweisung auf Waren; zuerst muß daher die Warenmenge vermehrt werden, wenn die nominelle Einkommenerhöhung ihren Zweck erfüllen soll. Gerechtigkeit das nicht, so ergibt sich (besonders im weltwirtschaftlichen Zusammenhang) ein sich immer mehr verschlechterndes Verhältnis des Einkommens zur Ware, die man erwerben will, und dieses Verhältnis wird auf Kosten des Einkommens um so ungünstiger, je höher Geldsummen im Umlauf sind. Das Spiel gleicht dem Kampf mit dem vorausweisenden Schatten, den man nicht einholen kann. Wenn sich die Lage der Arbeiter wirklich bessern soll, ergibt sich folgendes: Stärkste Vermehrung der Gesamtproduktion, durch die allein der Anteil für die arbeitenden Menschen wesentlich erhöht werden kann. Das ist besonders wichtig für die Produktionsgebiete, auf denen wir unabhängig von ausländischer Zufuhr arbeiten können, z. B. auf dem Gebiete der Kohlenproduktion, der landwirtschaftlichen Produktion und der Rautigkeit. Eine sehr stark vermehrte Leistung allein auf diesen drei Gebieten würde unter innerer Wirtschaftslage ganz erheblich helfen und als ein Zeichen beginnender wirtschaftlicher Gesundung angesehen werden können. Nur die Vermehrung des Gesamtproduktes vermag ausreichend zu helfen: Denn was die Arbeiter heute als Produzenten durch Lohnerböhen gewinnen, wird ihnen (wenn nicht das Gesamtprodukt zunimmt) als Konsumenten wieder genommen. Die Machtstellung der Unternehmer ist um so größer, je geringer das vorhandene Gesamtprodukt ist, da sie die Lohnerböhen ganz auf den Warenpreis abwälzen können. Was soll nun diesen Tatsachen gegenüber geschehen?  
Hier können nur die Gewerkschaften helfen, und es wäre sehr wünschenswert, wenn sie sich in dieser Frage, die vielleicht sehr bald eine Lebensfrage für das deutsche Volk sein wird, nicht die Führung nehmen ließen. Im anderen Falle könnte als Helfer der deutschen Wirtschaft und somit des deutschen Volkes aufzutreten, zuhabe. Wenn man an die besonnenen Haltung der Gewerkschaften während des letzten Beamtenstreiks denkt, erscheint die Hoffnung, daß sie sich der außerordentlich schwierigen Sachlage gewachsen zeigen, berechtigt.“  
**Der Juckerwacker.**  
**Kaschenszucker billiger als Inlandszucker.**  
Die Verhältnisse auf dem Zuckermarkt werden von Tag zu Tag untröstlicher. Eine große Zuckerfabrik hat sich ihre Erfahrungen bei der Zuckerbeschaffung jetzt folgendermaßen: Die Zuckerindustrie verliert jetzt in der Tat über sehr geringe Bestände, da die Rohzuckergründe größtenteils aufgearbeitet sind. Es besteht sogar an Rohzucker eine ziemliche Knappheit. Die Zuckerfabriken haben auf direktem Wege kaum ihre Fabrikationsins Ausland verkauft, da die Kontrolle der Zuckerwirtschaftliche bei jedem einzelnen Verkauf über die Namen des Käufers verlangten. Das Reichsernährungsministerium hat in einer Besprechung, die mit Anwesenheit im Vau. e dieser Woche stattfand, die bündige Erklärung abgegeben, daß nach Befreiungen der Kontrollorgane an den Grenzen, Zucker nur in ganz verschwindenden Mengen ausgeführt werden ist. Dagegen

**Kirche und Schule.**  
**Zusammenkunft der deutschen Landeskirchen.**  
Am Himmelfahrtsfest wird die achtbewürdige Lutherstadt Wittenberg der Schauplatz eines kirchengeschichtlich überaus bedeutungsvollen Ereignisses werden. Der „Deutsche Evangelische Kirchenbund“, der Zusammenkunft aller deutschen Landeskirchen, soll dort in feierlicher Weise begründet werden. Die Vorverhandlungen erstrecken sich über Jahrzehnte. Der Stuttgarter Kirchenrat hat seine Verfassung gutgeheißen und damit das Zustandekommen des Bundes gesichert. Der Himmelfahrtsfesttag in Wittenberg mit der rechtsformlichen feierlichen Unterzeichnung der Begründungsurkunde seitens der Vertreter von 28 Landeskirchen wird das letzte Glied in dieser Kette sein.  
Mit ihm geht eine vierhundertjährige Zersplitterung des deutschen evangelischen Kirchenwesens zu Ende, und es erfüllt sich das Sehnen und Bemühen des letzten Jahrhunderts nach Einigung. In ihm wird in Wittenberg nach den Worten des schwedischen Erzbischofs Söderblom „die größte festgefügte Gemeinschaft der evangelischen Welt“ entstehen. Es handelt sich nicht um eine „Reichskirche“, vielmehr behält jede Landeskirche ihre Selbstständigkeit. Aber es wird ein enger Zusammenhalt hergestellt, der eine Förderung des gesamten deutschen Protestantismus auf allen

